

Das fast monatliche Rundschreiben der GVV

März/April 2026

Grußwort

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der Newsletter erscheint nach über 10 Jahren im neuen Gewand. Der neue Vorstand und unser Grafiker meinten, neue Kleider braucht die GVV. Sie erhalten den NL in der veränderten, hoffentlich auch für Sie verbesserten Form. Die Barrierefreiheit wurde selbstverständlich fortgeschrieben. Ihre Anmerkungen sind herzlich unter

info@gewerkschaftverwaltungundverkehr.de willkommen. Eines unserer Hauptanliegen, Sie zu informieren und mit Wissen zu versorgen, damit Sie Ihr Berufsleben erfolgreich meistern können, wird weiter ausgebaut und an hervorragender Stelle kurz und prägnant präsentiert. Das weitere Hauptanliegen, auf Führungsmängel hinzuweisen, finden Sie

im Verlauf. Es wäre ziemlich einfach, die eigene barocke Persönlichkeit mal zu hinterfragen und stattdessen auf die Bedürfnisse und Anregungen der Mitarbeiter einzugehen. Der Dienstbetrieb könnte erheblich reibungsloser vonstattengehen.

Klaus-Dietrich Schmitt
Vorsitzender

Grußwort	1
Termine	1
Schwerbehindertenvertretung (SbV)	2
Arbeitsmedizinische Vorsorge	2
KI und Daten in der Verwaltung 2026	3
Schuldenfrei im Alter	4
Entwicklung digitaler Sozialleistungen	5
In eigener Sache	5
Statement	6
Digitaler Staat 2026	7
What's Up im SGA	8
Betriebsdienst der Verkehrsleitzentrale	9
Eine GVV-Mitgliedschaft lohnt sich!	10
Cartoon	11
GANZ ZUM SCHLUSS ...	11

Termine >>>

6. Forum Inklusion und Teilhabe

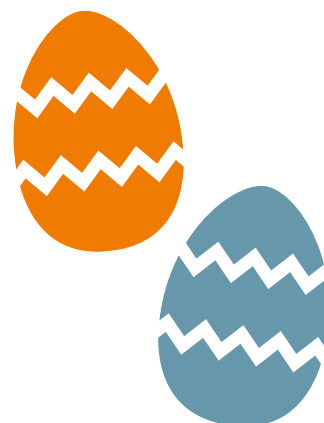
**04./05.05.26
für Interessen-
vertretungen**
(2026 G036 BS)
04.05.-05.05.26
Seminar dbb akademie
<https://bit.ly/4lI4o5e>

12. Zukunfts- kongress Staat & Verwaltung

**09./10.05.26 nicht
nur für Interessen-
vertretungen**
Wegweiser Media &
Conferences GmbH
<https://bit.ly/4rJ9ijQ>

Ostern

Ihnen und Ihren Angehörigen ein frohes Osterfest und falls Sie Kinder oder Enkel haben: Die Ostereier nicht so verstecken, dass sie erst wieder in einem Jahr gefunden werden.



Schwerbehindertenvertretung (SbV)

Eine starke Interessenvertretung im Betrieb

Im Herbst werden in vielen Betrieben die Schwerbehindertenvertretungen (SBV) neu gewählt. Für schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte Beschäftigte ist diese Wahl von großer Bedeutung: Die SbV sorgt dafür, dass ihre Rechte im Betrieb geschützt werden und ihre Interessen Gehör finden.

Rechte sichern und Benachteiligung verhindern

Die Schwerbehindertenvertretung achtet darauf, dass gesetzliche Regelungen zum Schutz schwerbehinderter Menschen eingehalten werden. Grundlage ist insbesondere das Sozialgesetzbuch IX. Die SbV setzt sich dafür ein, dass Beschäftigte mit Behinderung nicht benachteiligt werden – etwa bei Einstellungen, Versetzungen, Weiterbildung oder bei der Gestaltung von Arbeitsplätzen.

Beratung und Unterstützung im Arbeitsalltag

Für Kolleginnen und Kollegen mit Schwerbehinderung ist die SbV eine wichtige Anlaufstelle. Sie berät und unterstützt beispielsweise bei Fragen zur Anerkennung einer Schwerbehinderung, zur Gleichstellung, zu Hilfsmitteln am Arbeitsplatz oder bei der Wiedereingliederung nach längerer Krankheit.

Auch wenn Konflikte auftreten oder Unsicherheiten bestehen, steht die Schwerbehindertenvertretung an der Seite der Betroffenen und begleitet Gespräche mit dem Arbeitgeber.

Mitbestimmung bei wichtigen Entscheidungen

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Schwerbehindertenvertretung frühzeitig zu informieren und einzubeziehen, wenn Entscheidungen schwerbehinderte Beschäftigte betreffen. Das gilt unter anderem bei Einstellungen, Versetzungen, Umsetzungen oder Kündigungen. So kann die SbV darauf hinwirken, dass Lösungen gefunden werden, die die Teilhabe der Betroffenen sichern.

Gemeinsam mit Personalrat und Gewerkschaften

Die Schwerbehindertenvertretung arbeitet eng mit dem Personalrat, mit den Gewerkschaften sowie externen Stellen wie Integrationsämtern zusammen. Gemeinsam setzen sie sich für gute Arbeitsbedingungen, barrierefreie Arbeitsplätze und echte Teilhabe im Betrieb ein.

Jetzt mitbestimmen

Die Wahl der Schwerbehindertenvertretung ist ein wichtiger Bestandteil der betrieblichen Demokratie. Wer schwerbehindert oder gleichgestellt ist, kann nicht nur wählen, sondern auch selbst kandidieren. Engagierte Kolleginnen und Kollegen sind entscheidend, damit die Interessen schwerbehinderter Beschäftigter im Betrieb wirksam vertreten werden.

Die kommenden Wahlen im Herbst sind daher eine gute Gelegenheit, die Interessenvertretung zu stärken – für mehr Inklusion, Respekt und gute Arbeit für alle.

Arbeitsmedizinische Vorsorge

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich mache eine anonyme Umfrage zur arbeitsmedizinischen Versorgung im Betrieb für meine Argumentation im Ausschuss für Arbeitsmedizin im Bundesministerium für Arbeit und Gesundheit. Der Link ist bis Ende April freigeschaltet und kann somit auch nach längerem Urlaub oder frei oder Seminar genutzt werden. Es sind nur kurze 13 Fragen, deren Beantwortung ungefähr 10 Minuten dauert. Bitte gebt es auch an Eure Kollegen in der Interessenvertretung weiter, damit es viele Erkenntnisse gibt.

Hier geht es zum Umfragelink:

<https://bit.ly/47Eaei8>

Vielen herzlichen Dank
Thorsten Schäfer,
Büro Brieselang b. Berlin

Homepage: www.bestbgm.de

Prozessberatung/Fortbildung/Einigungsstelle
Sachverstand für arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse

KI und Daten in der Verwaltung 2026

Austausch, Praxis und Perspektiven: Im Jahr 2026 wird bundesweit an verschiedenen Orten eine zentrale Veranstaltungsreihe zur Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI) und Daten in der öffentlichen Verwaltung stattfinden. Die Konferenz des Behördenspiegels am 28.2.2026 im Novotel Berlin versteht sich als Austauschplattform für Entscheidungsträger aus Behörden, Kommunen, Ministerien und öffentlichen Unternehmen. Ziel ist es, über Strategien, Praxisbeispiele und regulatorische Rahmenbedingungen zu informieren – und Verwaltungen dabei zu unterstützen, über die Anfangsphasen der KI- und Datenimplementierung hinauszugehen.

KI-Verordnung setzt neuen Rahmen

Ein zentraler inhaltlicher Bezugspunkt ist die europäische KI-Verordnung, die am 1. August 2024 in Kraft getreten ist. Mit dem sogenannten AI Act wurde das weltweit erste umfassende Regelwerk für den Einsatz von KI geschaffen. Die Verordnung enthält detaillierte Vorgaben für Entwicklung, Einsatz und Überwachung von KI-Systemen – einschließlich Regelungen für KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck wie etwa ChatGPT und andere generative Anwendungen. Die Anforderungen betreffen nicht nur Unternehmen, sondern ausdrücklich auch Behörden und öffentliche Stellen. Damit steht die Verwaltung vor der Herausforderung, Innovation und Regulierung in Einklang zu bringen und gleichzeitig Rechtssicherheit, Transparenz und Datenschutz zu gewährleisten.

Programmüberblick: Von agentischer KI bis kommunale Praxis

Die Veranstaltung wird von Marvin Baldauf, Mitglied der Geschäftsleitung der Behörden Spiegel-Gruppe, eröffnet. Die Gesamtmoderation übernimmt Felix Appel.

Dr. Nicolai Bieber (PwC) widmet sich in seinem Vortrag der Frage: „Agentische KI – ein Paradigmenwechsel in der Verwaltungsdigitalisierung?“ Dabei geht es um KI-Systeme, die eigenständig Aufgaben planen und ausführen können – und damit neue Möglichkeiten, aber auch neue Risiken für Verwaltungsprozesse eröffnen.

Prof. Dr. Christian Schachtner (Hochschule Rhein-Main) beleuchtet die praktischen Konsequenzen der KI-Verordnung für die öffentliche Verwaltung: Welche organisatorischen, technischen und rechtlichen Anpassungen sind notwendig? Welche Governance-Strukturen müssen etabliert werden?

In einer Diskussionsrunde zu „KI-Agenten für die Verwaltung: Chancen und Herausforderungen“ diskutieren neben Prof. Schachtner auch Dr. Eldar Sultanow (Capgemini Deutschland), Andree Pruin (Deutscher Landkreistag) und Lisa Froschhammer



(Stadt Landshut). Im Fokus stehen konkrete Anwendungsszenarien, Umsetzungsbarrieren und Erfolgsfaktoren.

Lars Mehwald vom Auswärtigen Amt stellt „PLAIN“ vor – eine Daten- und KI-Plattform für die Bundesverwaltung. Sie soll als technologische Basis dienen, um KI-Anwendungen standardisiert, sicher und skalierbar bereitzustellen.

Ein Update zur Guideline „Generative KI in Kommunen“ gibt Julius Gmeinwieser (VITAKO). Präsentiert werden praxisnahe Empfehlungen für den rechtssicheren und strategischen Einsatz generativer KI auf kommunaler Ebene.

Mit dem „KI-Pathfinder“ wird ein Instrument zur KI-Potenzialermittlung für die öffentliche Verwaltung vorgestellt. Jörn Peter Maurer (Stadt Wedel – Stadtwerke) zeigt, wie Verwaltungen systematisch Einsatzfelder identifizieren und priorisieren können.

Ein konkretes Anwendungsbeispiel liefert „BärGPT – der KI-Assistent für die Berliner Verwaltung“. Vertreterinnen und Vertreter der Senatskanzlei Berlin sowie des CityLAB Berlin präsentieren, wie ein spezialisierter

KI-Assistent Verwaltungsmitarbeiter im Arbeitsalltag unterstützen kann – etwa bei Recherche, Textentwürfen oder Wissensmanagement.

Einen kritischen Akzent setzt Markus Begerow (roosi) mit seinem Vortrag „ChatGPT löst kein Verwaltungsproblem – zwischen Wunschbrunnen und Wirklichkeit“. Er macht deutlich, dass Technologie allein keine strukturellen Herausforderungen löst und dass klare Zielbilder, Prozesse und Kompetenzen entscheidend sind.

Die Evolution digitaler Kompetenzen wird anhand von drei Frameworks von Juliane Schmeling und Dorian Wachsmann (Fraunhofer FOKUS Berlin) dargestellt. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Fähigkeiten Organisationen und Mitarbeitende entwickeln müssen, um KI nachhaltig und verantwortungsvoll einzusetzen. Abschließend wird das Pilotprojekt „URBAN.KI“ vorgestellt. Prof. Dr. Christian Kuhlmann und Marlene Damerau (Stadt Gelsenkirchen) zeigen, wie Kommunen KI-Anwendungen konkret erproben und in bestehende Strukturen integrieren können.

Ein Impuls von Matthias Lichtenthaler (Deloitte GmbH) zum Thema „Vom Konzept zur Anwendung – Erfolgreiche KI-Use-Cases“ rundet die Veranstaltung ab. Im Fokus stehen praxiserprobte Beispiele, die verdeutlichen, wie der Transfer von der Strategie in die Umsetzung gelingt.

Mehrwert für die Verwaltungspraxis

Die Veranstaltungsreihe 2026 bietet weit mehr als eine theoretische Auseinandersetzung mit KI. Sie schafft Raum für Austausch, Vernetzung und konkrete Lösungsansätze. Teilnehmende erhalten Einblicke in bewährte Verfahren und praxiserprobte Modelle, die Behörden befähigen, ihre KI- und Datenstrategien strukturiert weiterzuentwickeln.

Vor dem Hintergrund der neuen europäischen Regulierung, steigender Erwartungen an digitale Services und wachsender Datenmengen wird deutlich: KI ist kein Zukunftsthema mehr, sondern ein strategischer Handlungsauftrag für die öffentliche Verwaltung. Die bundesweite Veranstaltungsreihe setzt genau hier an – mit Orientierung, Praxisbezug und einem klaren Blick auf die nächsten Schritte.

Auch Berlin hat eine KI.

Um diese zu nutzen, müssen Sie sich registrieren. Das geht nur, wenn Sie sich mit einer dienstlichen Email registrieren.

BärGPT, der KI-Assistent für die Berliner Verwaltung. Sicher. Datenschutzkonform. Open Source
<https://www.baergpt.berlin/>

Schuldenfrei im Alter

Finanzen und Hilfen im Blick

Über Geld zu sprechen, fällt vielen Menschen schwer – vor allem, wenn es knapp ist. Wenn sich das Einkommen im Alter mit dem Übergang in die Rente oder durch Verlust des Lebenspartners bzw. der Lebenspartnerin deutlich verringert, können schnell schwierige finanzielle Situationen entstehen. Die Scham, Hilfsangebote wie eine Schuldnerberatung in Anspruch zu nehmen, ist jedoch gerade bei Älteren groß. Der Ratgeber informiert verständlich über Renten, Versicherungen, Möglichkeiten der Kostensenkung und Hilfsangebote. Zahlreiche konkrete Tipps zeigen Wege auf, wie man sich auf mögliche finanzielle Veränderungen im Alter vorbereitet und wie Überschuldung vermieden oder bewältigt werden kann. Die Publikation wurde in Zusammenarbeit mit der Diakonie Deutschland verfasst.

Hier können Sie ihn kostenfrei herunterladen:
<https://bit.ly/4rBrL1v>



Entwicklung digitaler Sozialleistungen

Deutschland arbeitet derzeit an einer umfassenden Reform des Sozialstaats. Die Sozialstaatskommission hat im Januar 2026 ihren Abschlussbericht vorgelegt, der konkrete Empfehlungen für einen gerechteren, einfacheren und digitaleren Sozialstaat enthält. Ziel ist es, Sozialverwaltung und Sozialrecht bürgernäher, weniger bürokratisch und technologisch zeitgemäß auszugestalten.

Estland verfügt über langjährige praktische Erfahrung beim Aufbau eines vollständig digitalen Staates – mit interoperablen Registern, sicherer Datenvernetzung und lebenslagenorientierten Dienstleistungen. Die Veranstaltung stellt estnische Digital-Governance-Modelle sowie praxisbewährte Lösungen vor, die Impulse für die anstehende Reform des deutschen Sozialstaats geben können.



V. li. n. re.:

Klaus D. Schmitt, Vorsitzender der GVV, Liisa-Ly Pakosta, Ministerin für Justiz und digitale Angelegenheiten der Republik Estland (Mitte), Marika Linntam, Botschafterin der Republik Estland

Ziele der Veranstaltung in der estnischen Botschaft am 2.3.2026

- Darstellung der aktuellen Reformvorhaben zur Modernisierung und Digitalisierung sozialer Leistungen in Deutschland
- Einblick in den estnischen Ansatz eines nutzerzentrierten, datenbasierten digitalen Sozialstaats
- Erörterung, wie eine integrierte digitale Architektur ein kohärentes Sozialleistungssystem unterstützen kann
- Auslotung konkreter Kooperationsmöglichkeiten mit estnischen IT-Unternehmen

In eigener Sache

Seit nunmehr zehn Jahren gestaltet Grafiker Oliver Hasenecker unseren GVV-Newsletter und sorgt dafür, dass jede Ausgabe nicht nur informativ, sondern auch visuell ansprechend ist. Seine Arbeit geschieht im Hintergrund, prägt jedoch wesentlich das Erscheinungsbild des Newsletters.

Zum zehnjährigen Jubiläum präsentiert sich der GVV-Newsletter nun in einem neuen Layout aus

seiner Hand: Moderner, frischer und abwechslungsreicher, dabei weiterhin übersichtlich und angenehm zu lesen.

Für seine langjährige, zuverlässige und kreative Arbeit danken wir ihm herzlich. Der GVV-Newsletter wäre ohne seine Gestaltung nicht derselbe.



Statement

Jennifer Rennert und Lutz Stöhr sind die beiden neuen stellvertretenden Vorsitzenden der GVV. Die Redaktion des NL bat die beiden um ein kurzes Statement.

NL: Nochmals Glückwunsch zu Eurer Wahl. Wie fühlt Ihr Euch? Hat sich etwas im Berufsleben verändert und was wollt Ihr in der nächsten Zeit anpacken?



Jennifer Rennert:

Vielen Dank für die Glückwünsche! Ich freue mich sehr über das Vertrauen und bin hochmotiviert, die anstehenden gewerkschaftlichen Themen aktiv mitzugestalten. Ja bei mir hat sich tatsächlich etwas verändert. Seit Anfang Januar 2026 bin ich als vollfreigestellte Personalrätin im Bezirksamt Spandau tätig. Parallel dazu führe ich den Verwaltungslehrgang II weiterhin fort, da mir meine persönliche Entwicklung

am Herzen liegt. Aktuell liegt mein Fokus darauf, mich gut in die neue Rolle einzuarbeiten und die Themen, die anstehen, engagiert anzugehen. Ich muss zugeben, dass ich mich in meinem vorherigen Team im Teilhabefachdienst menschlich sehr gut aufgehoben gefühlt habe. Das fehlt mir natürlich ein Stück weit. Gleichzeitig freue ich mich darauf, neue Kontakte zu knüpfen und anzukommen.

Lutz Stöhr:

Ich bedanke mich bei den Mitgliedern der GVV, dass Sie mir Ihre Stimme und damit Ihr Vertrauen ausgesprochen haben.

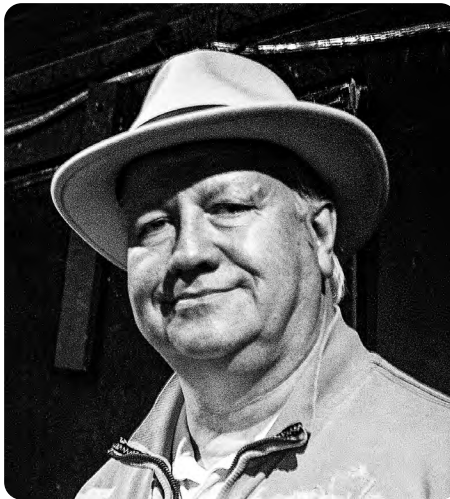
Ich werde mich weiterhin als Personalrat im BA Pankow für die Beschäftigten und für gerechte Arbeitsbedingungen einsetzen. Darüber hinaus strebe ich an, meine Erfahrung und mein Engagement auch im Hauptpersonalrat Berlin einzubringen, um die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Land Berlin weiter zu verbessern.

Meine Aufgaben als Personalrat (BA Pankow seit Dez. 2024):

Als Personalrat vertrete ich die Interessen der Beschäftigten gegenüber der Dienststelle.

Zu meinen zentralen Aufgaben gehören:

- Mitbestimmung bei personellen Maßnahme (z. B. Einstellungen, Versetzungen, Kündigungen)



- Mitwirkung bei Arbeitsbedingungen (Arbeitszeiten, Gesundheitsschutz, Arbeitsorganisation)
- Ansprechpartner für Beschäftigte bei Problemen, Konflikten oder Beschwerden
- Überwachung von Gesetzen und Tarifverträgen (z. B. Einhaltung von Arbeitsrecht, Gleichstellung, Datenschutz)
- Förderung von Gleichberechtigung und Integration

Aufgaben im Hauptpersonalrat (Land Berlin seit Dez. 2024):

Wenn ich im Hauptpersonalrat tätig bin, arbeite ich auf übergeordneter Ebene:

- Vertretung aller Beschäftigten der Berliner Verwaltung
- Mitbestimmung bei grundsätzlichen Regelungen (z. B. landesweite Dienstvereinbarungen)
- Einfluss auf Personalpolitik des Landes Berlin
- Zusammenarbeit mit Senatsverwaltungen
- Strategische Verbesserung von Arbeitsbedingungen

Kurz gesagt

- Personalrat = konkret vor Ort für die Kolleginnen und Kollegen da sein
- Hauptpersonalrat = übergreifend für das ganze Land Berlin wirken

Digitaler Staat 2026

In Homers Odyssee wird die zehnjährige Irrfahrt des Helden Odysseus geschildert – eine Reise voller Herausforderungen, Prüfungen und Wendepunkte. Bis heute steht der Begriff „Odyssee“ sinnbildlich für einen langen, anspruchsvollen Weg. Einen solchen Weg – stellenweise ebenfalls einer Irrfahrt gleich – hat auch die Digitalisierung von Staat und Verwaltung in den vergangenen 25 Jahren durchlaufen.

Am 3. und 4. März 2026 fand der Digitale Staat unter dem Motto „Sternzeit 2026 – Die Verwaltungs-Odyssee“ im Vienna House Andel's Berlin statt. An zwei Kongresstagen wurden die Teilnehmenden Teil einer gemeinsamen Mission: die digitale Zukunft von Staat und Verwaltung strategisch, koordiniert und praxisnah voranzubringen.

Im Haupt- und Fachforenprogramm stand dabei nicht der Rückblick im Vordergrund, sondern der Aufbruch. Bei Themen wie Registermodernisierung, Cloud, Künstlicher Intelligenz und weiteren Schlüsseltechnologien ging es darum, die Weichen für die kommenden Jahre zu stellen.

Welcher Kurs führt sicher durch die komplexen Gewässer der Transformation? Wer übernimmt Verantwortung für zentrale Etappen? Anders als der sagenhafte Odysseus, der sich mit List und Täuschung behauptete, erfordert die digitale Transformation vor allem eines: konsequente Koordination, belastbare Kooperation und gemeinsames Handeln. Nur so lässt sich die „Verwaltungs-Odyssee“ erfolgreich zum Ziel führen. Der Digitale Staat versteht sich auch 2026 als Impulsgeber, Plattform und Navigator dieses Prozesses.

Der Digitale Staat ist der führende Kongress für IT und Verwaltungsmodernisierung im öffentlichen Sektor. Mit rund 3.000 Teilnehmern im Jahr 2024 hat sich die zweitägige Veranstaltung als zentrale Plattform für Entscheiderinnen und Entscheider aus Bund, Ländern und Kommunen etabliert.

Die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung ist eine Daueraufgabe auf allen föderalen Ebenen. Der Kongress bot hierfür innovative Lösungsansätze und praxisorientierte Konzepte. In Foren und Workshops wurden zentrale Fragestellungen vertieft, Erfahrungen ausgetauscht und konkrete Handlungsszenarien für den Verwaltungsalltag entwickelt.



Klaus D. Schmitt, Vorsitzender der GVV, auf dem Kongress „Digitaler Staat“.

Eine begleitende Fachaussstellung präsentierte zudem zukunftsweisende Technologien, Anwendungen und Dienstleistungen für Projekt- und Digitalisierungsverantwortliche in Behörden.

What's up im SGA

Eine Danksagung ohne Publikum?

Am 20.02.2026 wollten sich Bezirkspolitik, Senatorin und einige Führungskräfte eigens mit einem anberaumten Termin bei den vielen Kolleginnen und Kollegen der Außenbereiche der Grünflächenpflege persönlich für ihren unterstützenden Einsatz bei der Schnee- und Eisbeseitigung für die Spandauer Bevölkerung bedanken. Wie man erfahren hat, blieben weit mehr als 100 Kolleginnen und Kollegen der Einladung fern, sodass man im Termin fast unter sich war. Die Kolleginnen und Kollegen zeigten damit weiterhin, dass sie mit der forcierten Organisationsänderung aus vielerlei Gründen nicht einverstanden sind.

Chronologie Organisation Grünflächenamt:

- bis 2003: 3 Inspektionen, 9 Flächenreviere
- ab 2003: 3 Inspektionen, 3 Flächenreviere
- + fachliche Spezialisierung durch effizienten Personaleinsatz, Zusammenführung von
- Großflächenmäher und Hubarbeitsbühnen in einer Serviceeinheit Baum und Mähen zur effizienten
- Organisation der Grünflächenpflege
- + fachliche Spezialisierung Serviceeinheit Spielplätze
- ab 2026: Wie sieht die Zukunft aus?

Wir fragen uns, wie man eine organisatorische Veränderung plant, ohne ausreichende fachliche Kompetenz, ohne offengelegte klare Zielsetzung und ohne eine Fachdiskussion zur „Definition von Wirtschaftlichkeit“ sowie zu den tiefgreifenden personellen Auswirkungen auf vorhandene, bewährte Strukturen.

Wir fordern, dass bei der angedachten Änderung der Organisationsstruktur unabhängige Fachexpertise eingebunden wird! Die Nichtteilnahme richtete sich nicht gegen die Senats- oder Bezirkspolitik im Einzelnen. Wir wollen damit aufzeigen, dass die angestrebten Organisationsänderungen einen fachlichen Irrweg darstellen.

Wir wünschen uns, dass wir dazu in den Austausch kommen. Gerne können Sie dazu die GVV kontaktieren. Wir erwarten eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gemäß dem Leitbild – auch für die Kolleginnen und Kollegen in der Grünflächenpflege! Wir wollen ernst genommen werden und haben Redebedarf!



Betriebsdienst der Verkehrsleitzentrale

Betriebsklima und Führungskultur.

Das Betriebsklima zwischen den Mitarbeitern und den Führungskräften ist seit langer Zeit angespannt. Viele Kollegen klagen über geringe, bis nicht vorhandene Anerkennung und Wertschätzung ihrer Arbeit. Die Führungskraft vermittelt das Gefühl, dass die Anliegen der Mitarbeiter zweitrangig sind. Kontakt mit den Führungskräften hat man meist nur, wenn es etwas an der Arbeit des Mitarbeiters zu bemängeln gibt, während Positives meist nicht erwähnt wird. Dadurch sinkt die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter spürbar.

Tiergarten-Spreebogen geschlossen werden, sowie die Landesmeldestelle Berlin an Brandenburg übergeben werden. Da dies in letzter Zeit vermehrt vorkam, ist dies mittlerweile, wie Ihnen bestimmt bekannt, ein Thema in der Presse gewesen. Des Weiteren kommt es häufig vor, dass die Kollegen alleine ihren Dienst verrichten müssen (im September 36 von 90 Diensten), was je nach Schicht eine deutliche Mehrbelastung für den Kollegen bedeutet, da dieser theoretisch 3 Arbeitsplätze bedienen muss.



Fluktuation

Die Fluktuation im Betriebsdienst ist relativ hoch, so dass die 15 Planstellen meist nicht voll besetzt sind. Wegen der Arbeitsbedingungen schauen viele Kollegen sich nach anderen Stellen um, sodass in Zukunft mit weiteren Abgängen zu rechnen ist.

Krankenstand.

Wegen der langen Arbeitszeiten und des schlechten Betriebsklimas ist der Krankenstand dementsprechend hoch. Dies verschärft die Lage nochmals, wodurch Dienste regelmäßig geschoben werden müssen (allein im September wurden 47 Dienste geschoben). Dies erschwert eine mittel- bis langfristige Planung der Mitarbeiter, was das Privatleben nochmals belastet. Weiterhin kommt es vor, dass die VKRZ dadurch nicht besetzt ist. In diesem Fall ist die Vor- sowie Nachfolgeschicht angehalten, die Dienstzeit auf 10 Stunden zu verlängern, um den Ausfall so kurz wie möglich zu halten. In der übrigen Zeit muss jedoch der Tunnel

Bürokratie.

Unnötige Bürokratie im Arbeitsalltag erhöht die Arbeit zusätzlich. Dazu gehören zusätzliche Dokumentationspflichten wie z.B. eine extra eingeführte Tabelle für jegliche Bürgeranliegen, die, wenn jemand hier alleine ist nur zusätzliche Arbeit bedeutet.

Die Kollegen geben ihre Urlaubsplanung für das folgende Jahr meist gegen Oktober ab, jedoch müssen sie im folgenden Jahr vor jedem Urlaub, den sie bereits angemeldet haben, einen Urlaubsantrag stellen. Wenn der Mitarbeiter an einem Feiertag regulär frei hat und der Feiertag auf einen Wochentag fällt, hat der Mitarbeiter Anspruch auf einen Ausgleichstag, damit dieser nicht schlechter gestellt ist als normal arbeitende Kollegen. Dieser Tag muss aber von dem Mitarbeiter extra beantragt werden, ansonsten verfällt er. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um u.a. weitere krankheitsbedingte Schließungen des Tiergartentunnels zu minimieren.

Eine GVV-Mitgliedschaft lohnt sich!



Als unser Mitglied müssen Sie dafür keinen zusätzlichen Beitrag entrichten.

Als Mitglied unterstützen Sie uns dabei, Ihre Anliegen sowie die Interessen Ihrer Kollegen und Kolleginnen durchzusetzen. Darüber hinaus können alle GVV-Mitglieder direkten Einfluss auf Beschlüsse der Gewerkschaft nehmen.

Dank des von uns organisierten juristischen Beistands konnten in der Berliner Verwaltung bereits viele befristete in unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Die GVV hat auch mehrere Klagen initiiert, die oftmals erst in letzter Instanz oder vom Bundesverfassungsgericht entschieden wurden. Themen waren und sind hier etwa die Gültigkeit des Nahverkehrstarifvertrages und der Mindestlohtabelle bei der Altersteilzeit, die Rechtswirksamkeit der VBL-Startgutschrift und die verletzte Alimentationspflicht bei der Besoldung von Berliner Beamtinnen und Beamten.

Vorteile für Mitglieder

Mitglieder profitieren von:

Unserer Rechtsberatung und unserem Rechtsschutz.

Wir unterstützen Sie bei der Lösung arbeitsrechtlicher Fragen. Hierfür kooperiert die GVV mit der Rechtsanwaltskanzlei Erasmus Hardtmann.

Unserem zusätzlichen Versicherungsschutz.

Im Mitgliedsbeitrag zusätzlichen Versicherungsschutz. Im Mitgliedsbeitrag sind eine Dienstaftpflicht und eine Unfallversicherung bereits enthalten.

Weitere Infos auf unserer Website:

<https://www.gewerkschaftverwaltungundverkehr.de/ihre-vorteile-auf-einen-blick/>

GVV-Mitglieder können zudem von vergünstigten Tarifen bei anderen Versicherungsarten profitieren.

Unserem Streikgeld und Unterstützung bei Warnstreiks. Da während eines Arbeitskampfes kein Anspruch auf Arbeitsentgelt besteht, unterstützen wir unsere Mitglieder in dieser Zeit mit Zahlungen aus unserem Streikfonds.

Unseren Veranstaltungs- und Weiterbildungsangeboten.

Die GVV bietet für Ihre Mitglieder regelmäßig kostenlose Weiterbildungen und Seminare an. Darüber hinaus erhalten sie Zugriff auf verbilligte Tickets für diverse Messen und Veranstaltungen.

Einheitlicher Mitgliedsbeitrag: 10 Euro.

Der Beitrag für die Mitgliedschaft in der GVV beträgt 10 Euro pro Monat. Bei jährlicher Vorauszahlung bis zum 31. Januar sind 110 Euro fällig. Unser Mitgliedsbeitrag wird einheitlich erhoben, sodass sich Einkommenssteigerungen nicht auf dessen Höhe auswirken.

Stand: März 2026

GANZ ZUM SCHLUSS ...

Sie möchten mehr über die GVV erfahren? Sie möchten sich in der GVV engagieren? Sie möchten anderen die GVV näherbringen? Wir freuen uns darüber.

Als zuständige Gewerkschaft sind wir aufgrund unserer verfassungsrechtlich geschützten Betätigungsfreiheit grundsätzlich berechtigt, E-Mails zu Werbezwecken auch ohne Zustimmung des Arbeitgebers und Aufforderung durch die Arbeitnehmer an die betrieblichen E-Mail-Adressen der Beschäftigten zu versenden. Eine ausführliche Expertise zu dem Thema können Sie im Newsletter Juli/August 2018 auf unserer Website nachlesen.

Selbstverständlich respektieren wir, wenn Sie keine E-Mail wünschen. Bitte teilen Sie uns das per E-Mail mit, damit wir Sie aus dem Verteiler löschen können.

KONTAKT:

<http://www.gewerkschaftverwaltungundverkehr.de/>

E-Mail: info@gewerkschaftverwaltungundverkehr.de

Fotos/Darstellungen: GVV, pexels, pixabay, privat, unsplash, wikipedia

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Gewerkschaft Verwaltung
und Verkehr

Postfach 20 07 39

13517 Berlin

Vertreten durch ihren Vorstand:

Klaus-Dietrich Schmitt,
Vorsitzender (V.i.S.d.P.)

Jennifer Rennert,
stellvertretende
Vorsitzende

Lutz Stöhr,
stellvertretender
Vorsitzender

Redaktion: Michael Theis
Layout/Satz: Hasenecker

Cartoon



Cartoon: Jessica Naumann